

Klaus Meschkat

Krisen progressiver Regime



Lateinamerikas Linke
und das Erbe des
Staatssozialismus

VSA:

Eine Flugschrift

Klaus Meschkat
Krisen progressiver Regime
Lateinamerikas Linke und das Erbe des Staatssozialismus

Klaus Meschkat ist Soziologieprofessor der Universität Hannover im Ruhestand. Sein Schwerpunkt ist die politische Soziologie Lateinamerikas. Er ist Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Klaus Meschkat

Krisen progressiver Regime

**Lateinamerikas Linke und das Erbe
des Staatssozialismus**

Eine Flugschrift

VSA: Verlag Hamburg

www.vsa-verlag.de

© VSA: Verlag Hamburg 2020, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Titelfoto: Straßenszene im November 2017 in Caracas

(Foto: Roman Camacho/picture alliance)

Druck und Buchbindearbeiten: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-96488-083-3

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	9
Die russische Oktoberrevolution und ihr lateinamerikanisches Echo	17
Die Weltpartei und Lateinamerika	27
Die Umerziehung der lateinamerikanischen Kader	35
Monopolstellung einer Einheitspartei	39
Denunziation von Abweichungen	39
Abwertung der eigenen Vorgeschichte	41
Verabsolutierung des Kampfes gegen den Imperialismus	42
Bedingungslose Verteidigung des Landes der Revolution	43
Die lateinamerikanische Linke im Kalten Krieg	45
Venezuela: Beginn der »Linkswende«	49
Verfassungsprozesse in Lateinamerika	51
Konturen der bolivariischen Revolution	55
Monopolstellung einer Einheitspartei	69
Denunziation von Abweichungen	70
Abwertung der eigenen Vorgeschichte	72
Verabsolutierung des Kampfes gegen den Imperialismus	73
Bedingungslose Verteidigung des Landes der Revolution	74
Bolivarismus – über Venezuela hinaus	75

Lehren aus den letzten Jahrzehnten:	
Irrwege, die vermieden werden müssen	83
Irrweg 1: Die Rechtfertigung des Monopols der staatstragenden Einheitspartei	83
Irrweg 2: Der Glaube an unentbehrliche Führer	85
Irrweg 3: Die Anlehnung an idealisierte Vorbilder vorangegangener Revolutionen	87
Irrweg 4: Die Geringschätzung garantierter Bürgerrechte in einer demokratischen Verfassungsordnung	89
Bilanzierende Überlegungen	93
Nachwort	101
Literatur	105

Vorbemerkung

Progressive Regime, die Alternativen zu den Dauerkrisen neoliberaler Politik in Lateinamerika aufzeigen und schrittweise verwirklichen wollten, sind nun selbst in eine tiefgreifende Krise geraten. Wer sich nicht damit zufrieden gibt, lediglich in bewährter Manier die erwartbaren Machenschaften des »Imperialismus« anzuprangern, muss nach den inneren Gründen für das Scheitern eines vorschnell proklamierten »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« suchen. Unverzichtbare Vorarbeiten sind dabei von hervorragenden lateinamerikanischen Sozialwissenschaftler*innen geleistet worden, die seit Jahren untersuchen und analysieren, wie die Fortsetzung und Vertiefung des »Extraktivismus« (zur Begriffsklärung von Extraktivismus und Neoextraktivismus siehe Svampa 2019) zwangsläufig die autoritären Deformationen der progressiven Regime bedingen und sie dabei auch in wirtschaftliche und/oder politische Sackgassen treiben.

Dabei bleiben jedoch Fragen offen: Weshalb konnten solche Regime, die ihr Zustandekommen, ihre anfänglichen Erfolge und auch die Abwehr erster konterrevolutionärer Umsturzversuche zum guten Teil einer Massenmobilisierung verdanken, die Unterstützung durch eine Bevölkerungsmehrheit nicht langfristig aufrechterhalten? Wie erklärt sich ihre Unfähigkeit, offenkundige strategische und taktische Fehler rechtzeitig zu korrigieren? Warum ist es nicht gelungen, den Prozess der Verselbständigung einer Führungsspitze aufzuhalten und sie demokratischer Kontrolle zu unterwerfen?

Antworten auf diese Fragen werden hier durch einen Rückgriff auf eine längere Vorgeschichte der lateinamerikanischen Linken gesucht. Es soll gezeigt werden, wie das Organisationskonzept Lenins nach Lateinamerika gelangt ist und wie es in der Ideologie wie in den politischen Praktiken der »progressiven« Regime fortwirkt.

In einem einleitenden Teil werden kurz einige der grundlegenden Konflikte in den seit der Wahl von Chávez 1998 von ei-

ner »Linkswende« erfassten Andenländern skizziert. Sodann erfolgt ein Rückblick auf die Interventionen der Kommunistischen Internationale in Lateinamerika. Schließlich soll untersucht werden, ob und in welcher Weise dieses Erbe auch die Protagonisten des »Progressismus« geprägt hat. Die Betrachtung im Hauptteil konzentriert sich im Wesentlichen auf Venezuela und folgt dessen Einfluss in anderen Ländern, vor allem Bolivien. Ausschlaggebend für diese Prioritätensetzung ist die zentrale Rolle von Hugo Chávez und sein durchaus ambivalentes Verhältnis zum historischen Erbe der Linken. Nach dessen Tode darf wohl der langjährige Vizepräsident Boliviens Álvaro García Linera als einer der wichtigsten Ideologen der »bolivarischen Revolution« gelten, auch nachdem er gemeinsam mit Evo Morales abdanken musste.

Einleitung

Vor 20 Jahren schien die Wahl von Hugo Chávez zum Präsidenten Venezuelas nicht nur für dieses Land eine dauerhafte Linkswende einzuleiten: In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts kamen durch demokratische Wahlen in mehreren Ländern des Subkontinents Politiker an die Spitze der Regierung, die wie Chávez eine Abwendung vom Neoliberalismus und dadurch eine entschiedene Verbesserung der sozialen Lage der Bevölkerungsmehrheit versprachen. Dem Beispiel Venezuelas folgend wurden nach den Wahlsiegen von Evo Morales in Bolivien und Rafael Correa in Ecuador neue Verfassungen beraten und in Kraft gesetzt, die ein Mehr an Demokratie beinhalten sollten: An den positiven Errungenschaften eines repräsentativen Systems mit Gewaltenteilung, konkurrierenden Parteien und der Möglichkeit einer Regierungsablösung durch periodische Wahlen wurde festgehalten, zugleich aber erweiterte sich der Spielraum für mannigfaltige Basisbewegungen, bis hin zur Machtverschiebung zugunsten kommunitärer Strukturen und der Möglichkeit der Abwahl aller Repräsentant*innen bis hinauf zum Präsidenten der Republik. In Brasilien wurde 2002 ein ehemaliger Gewerkschaftsführer zum Präsidenten des größten Landes des Subkontinents gewählt, dessen Arbeiterpartei allerdings immer auf die Zusammenarbeit mit rechtsgerichteten Kräften in Parlament und Regierung angewiesen blieb. Dennoch konnte Luiz Inácio Lula da Silva fortschrittliche Sozialprogramme durchsetzen, die für große Bevölkerungsteile spürbare Verbesserungen brachten. Nach Wahlerfolgen linksgerichteter Politiker*innen kam es auch in Argentinien (unter den Kirchners) und mit größeren Einschränkungen in Chile zu vergleichbaren Entwicklungen; auch die Rückkehr des zuvor abgewählten Sandinistenführers Daniel Ortega an die Regierungsspitze Nicaraguas (2006) schien auf dieser Linie zu liegen.

Die Führungsfiguren dieser »Linkswende« konnten in den ersten Jahren ihrer Amtszeit einige ihrer Versprechen im sozialen

Bereich einlösen und sich damit die Unterstützung zuvor benachteiligter Bevölkerungssektoren sichern. Dies war auch deshalb möglich, weil eine günstige Preisentwicklung auf dem Weltmarkt den rohstoffexportierenden Ländern beachtliche Mehreinnahmen bescherte, die sich die jeweiligen Staatsspitzen auf verschiedenen Wegen anzueignen wussten. Dadurch konnten sie großzügige Programme zur Verbesserung der Gesundheit, der Ausbildung, der Ernährungslage und teilweise auch der Wohnsituation der unteren Schichten finanzieren, die anfangs vielerorts mit demokratischer Beteiligung der Betroffenen durchgeführt wurden und damit ein gewisses Maß an Basismobilisierung begünstigt haben. Obwohl damit keineswegs die traditionelle Einbindung der Region in den Weltmarkt aufgehoben war, rief die neue Politik den Widerstand der mit dem Auslandskapital verbundenen Oberschichten hervor, die deshalb versuchten, die freigeählten Regierungen zu stürzen: So geschehen beim gescheiterten Militärputsch gegen Chávez im Jahre 2002 und bei den separatistischen Umtrieben der regionalen Eliten im Osten Boliviens in den ersten Jahren nach dem Wahlsieg von Evo Morales. Die progressiven Regierungen der Andenländer konnten sich jedoch behaupten, weil ihre Politik vor allem in Zeiten einer für Rohstoffexporte günstigen Weltmarktkonjunktur von der Bevölkerungsmehrheit unterstützt wurde.

An die hoffnungsvolle Anfangsphase einer demokratischen Öffnung schloss sich, mit länderspezifischen Besonderheiten und Zeitverschiebungen, überall eine Phase erneuter Konflikte zwischen Staatsspitze und sozialen Bewegungen und einer beständigen Zunahme autoritärer Tendenzen seitens der Regierungen an. Der »Neoextraktivismus« blieb die ökonomische Grundlage der progressiven Regime, die trotz gegenteiliger programmatischer Bekundungen niemals ihre Abhängigkeit von Rohstoffexporten vermindern konnten. Im Gegenteil wuchs der Zwang zu beständig vermehrter Ausbeutung der natürlichen Reichtümer – auch auf Kosten der Natur und der in den Abbauzonen ansässigen, meist indigenen Bevölkerungsgruppen, deren Widerstand immer häufiger auch repressiv niedergehalten wurde. Zu-

gleich bewirkten gewollt undurchsichtige Abflusswege der aus dem Extraktivismus gewonnenen Überschüsse ein Ausufern der Korruption, bis hin zur Entstehung neuer sozialer Schichten parasitärer Nutznießer der progressiven Regime, wie der »Bolibourgeoisie« in Venezuela.

In den Verfassunggebenden Versammlungen der »bolivari-schen« Andenländer waren gegensätzliche Positionen noch kontrovers diskutiert und dem Anschein nach tragfähige Lösungen (im Sinne von einer Kombination erweiterter repräsentativer Demokratie mit der Förderung von Basisaktivitäten) erreicht worden. Daran schloss sich jedoch später nirgends eine breite öffentliche Diskussion über die Implikationen des gewählten Weges des »Neoextraktivismus« und über mögliche Alternativen an. Regierungskritische Stimmen konzentrierten sich vor allem auf die Folgen der gesteigerten Rohstoffausbeutung, die durchaus ähnlich waren wie in den keineswegs progressiven Nachbarländern Kolumbien und Peru. Unvermeidlich kam es zu Konflikten zwischen der Ausweitung der Förderung von Rohstoffen (Ölförderung, Tagebau von Kohle und Erzen) und den Interessen der in den betroffenen Zonen Ansässigen, vor allem indigener und afroamerikanischer Gruppen, deren Lebensgrundlage oft in Gefahr geriet. Mit Hinweis auf die übergeordneten Interessen der »Nation« oder gar der »Revolution« wurde – und wird – der Widerstand gegen extraktivistische Großprojekte als bloße Verteidigung von Partikularinteressen denunziert. Obwohl die progressiven Staatsführer einst mit Unterstützung sozialer Bewegungen an die Macht gelangt waren, praktizierten sie bald einen für die Region verbreiteten »Hyperpräsidentialismus« und drängten alle von ihrer Kontrolle unabhängigen Basisorganisationen zurück, oft mit der Schaffung staatsstreuer Parallelorganisationen oder/und mit repressiven Maßnahmen. Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Rechte indigener Bevölkerungsgruppen in den durch Rohstoffausbeute gefährdeten Territorien einsetzten, wurden gern mit Hinweis auf ausländische Finanzierung (an der man zu anderen Zeiten keinen Anstoß genommen hatte) als Handlanger des Imperialismus diffamiert.

Bei der Vertiefung des Neoextraktivismus gerieten die progressiven Regierungen zwangsläufig in Widerspruch zu ihren neuen Verfassungen, die den indigenen Völkern ausgedehnte Vertretungs- und Mitspracherechte einräumten. So war vor allem eine Nutzung von Bodenschätzen in den indigenen Territorien an Konsultationen der dort Ansässigen gebunden. In Venezuela z.B. wurde diese Verpflichtung dadurch umgangen, dass bis heute keine Demarkation der betroffenen Landesteile erfolgt ist.¹

Exemplarische Konflikte, bei denen extraktivistische Projekte auf den Widerstand von Teilen der regionalen Bevölkerung stoßen, hat es auch in Ecuador und Bolivien gegeben. Gleich am Anfang der Regierung von Rafael Correa wurde ein bahnbrechendes Projekt verkündet, das internationale Beachtung fand: im Nationalpark Yasuní im ecuadorianischen Amazonastiefland sollten Erdölreserven unberührt bleiben, weil eine Förderung die Existenz der indigenen Bevölkerung sowie die biologische Vielfalt des Gebiets gefährden würden. Die Hälfte der dem Staat durch diesen Verzicht entgangenen Einnahmen sollten durch einen internationalen Kompensationsfonds eingebracht werden. Als dieser nicht zuletzt durch die Sabotage der deutschen Bundesregierung nicht zustande kam, setzte Präsident Correa die Aufnahme der Förderung durch. In Bolivien gibt es einen langdauernden Streit um eine Fernstraße durch den Nationalpark Tipnis, deren Bau ebenfalls mit ökologischen Schäden und der Ausdehnung des illegalen Coca-Anbaus bei Gefährdung indigener Bevölkerungsgruppen verbunden wäre. Trotz anfänglicher Zugeständnisse der Regierung Evo Morales an die Gegner der Straße wurde anschließend eine manipulative Politik der Spaltung der indigenen Organisationen betrieben, wodurch eine Verwirklichung des ursprünglichen Projekts näher rückt.

¹ Zur Schaffung des »Arco minero de Orinoco«, einer militärischer Kontrolle unterstehenden Zone, die 12% des nationalen Gebiets mit mehreren dort beheimateten indigenen Völkern umfasst, siehe Lander 2019: 93-96.

Darstellung und Kritik der Widersprüche zwischen Verfassungspostulaten und »real existierendem« Extraktivismus waren bisher in der Auseinandersetzung linksorientierter Intellektueller mit den progressiven Regimen vorherrschend, und angesichts einer Fülle von Arbeiten hervorragender Sachkenner ist es an dieser Stelle ausreichend, auf einige dieser Studien zu verweisen, wie sie etwa in den Sammelbänden des »Grupo Permanente de Trabajo sobre Alternativas al Desarrollo« vorliegen (Lang u.a. 2011, 2013 und 2015; vgl. auch Burchardt u.a. 2016). Dennoch bleibt die Frage offen, ob solche offenbar unvermeidlichen Konflikte in Katastrophen münden mussten, wie sie gegenwärtig in Venezuela, in Nicaragua, in der Präsidentschaft eines rechtsextremen Demagogen in Brasilien und schließlich in der erzwungenen Abdankung von Evo Morales zutage treten.

Um der einstigen überschwänglichen Freude über die »Linkswende« nicht eine ebenso grenzenlose Verzweiflung folgen zu lassen, muss man sich von der Vorstellung lösen, dass mit dem Machtantritt bestimmter Führungsfiguren eine vollständig neue Periode in der politischen Entwicklung Lateinamerikas begonnen habe. Im Gegenteil sollte untersucht werden, wie die zurückliegenden beiden Jahrzehnte seit dem ersten Wahlsieg von Hugo Chávez mit dem historischen Erbe der »Linken« in Lateinamerika verknüpft sind.

In welcher Weise progressive Spitzenpolitiker*innen an dieses Erbe anschließen, lässt sich nicht ohne Weiteres aus ihren öffentlichen Erklärungen ableiten. Eigenwillige Geschichtskonstruktionen wie etwa der direkte Bezug auf Simón Bolívar, von kompetenten Historiker*innen zu Recht als Schaffung eines Mythos charakterisiert (Zeuske 2011), mögen immerhin den Glauben an die herausragende Rolle unverzichtbarer Staatsführer*innen nähren und sonst gerade wegen ihrer Unbestimmtheit zur Begründung höchst unterschiedlicher politischer Wege dienen. Angesichts eines lang andauernden Bolívar-Kults der lateinamerikanischen Rechten und Konservativen lassen sich einleuchtende Gründe für den Versuch anführen, den Stammvater der lateinamerikanischen Unabhängigkeit für eine fortschrittliche Politik

in Anspruch zu nehmen. Aber es gibt offenkundig eine zeitlich nähere Tradition, an die Hugo Chávez und seine Gesinnungsfreunde und Nachahmer angeknüpft haben – in der Ausgestaltung ihres Herrschaftssystems und in politischen Praktiken, die oft sogar zu eigenen programmatischen Äußerungen in Widerspruch standen. Vor allem zeigt sie sich in der Schaffung einer als Avantgarde auftretenden Staatspartei, auch wenn deren faktische Monopolstellung nicht wie in Kuba in der Verfassung verankert ist. Damit verbunden ist eine Diffamierung jeder Art von Opposition innerhalb und außerhalb dieser Partei, als objektiv im Dienst feindlicher Mächte agierend. Dies erinnert an die Programmatik der Kommunistischen Internationale, wie sie nach der russischen Oktoberrevolution nach Lateinamerika gelangt ist und selbst nach dem Ende des osteuropäischen »realen Sozialismus« heute noch weiter wirkt, augenscheinlich auch vermittelt durch ein fortexistierendes kubanisches Vorbild.

Im Folgenden soll diese (hier vorwegnehmend skizzierte) Traditionslinie stärker herausgearbeitet werden, gerade weil sie in vielen Studien unerwähnt oder unterbelichtet geblieben ist. Dabei wird jedoch keineswegs der Anspruch erhoben, damit alle Entwicklungen zu erklären, die in den Ländern der lateinamerikanischen »Linkswende« seit dem Jahrhundertanfang zu beobachten sind. Ökonomische Zusammenhänge und vorgebliche Zwänge bleiben weitgehend unberücksichtigt, vor allem die Unterlassungen in Hinblick auf eine durchaus mögliche Steuerreform zulasten der Besitzenden. Auch sei unbestritten, dass etwa in der Gedankenwelt von Hugo Chávez, so wie er sie selbst dargelegt hat, die Berufung auf Simón Bolívar, Simón Rodríguez, Ezequiel Zamora und andere venezolanische Stammväter wie auch die Inanspruchnahme von Jesus Christus eine stärkere Rolle spielt als das Erbe der russischen Oktoberrevolution (vgl. Kresse 2015). Dennoch ist die Notwendigkeit einer sozialistischen Einheitspartei kaum aus politischen Empfehlungen des Simón Bolívar oder aus dem Christentum abzuleiten – und dem sehr belesenen und auch mit der kubanischen Ideologieproduktion vertrauten Hugo Chávez kann kaum verborgen geblieben sein, dass er mit

der Schaffung der »Vereinigten Sozialistischen Partei Venezuelas« (PSUV) einer Traditionslinie folgt, die von Lenin und seinen Anhängern begründet worden ist.

Die lateinamerikanische Linke ist in ihrer Vergangenheit mehrheitlich von dieser Linie geprägt worden, nicht nur in ihren an Moskau orientierten oder an maoistischen, castristischen und selbst trotzkistischen Varianten. Auch die Ideologen der »progressiven Regime« übernehmen die von der Komintern eingeführten Denkmuster, meist ohne deren Herkunft klar zu benennen oder gar zu hinterfragen. Deshalb ist es zum Verständnis der gegenwärtigen Situation einer weitgefassten »Linken« unerlässlich, sich auf ihre Geschichte zu besinnen und die Herausbildung immer noch vorherrschender Grundüberzeugungen bis zur Zeit ihrer Entstehung zurückzuverfolgen.